

IRRWEGE STAATLICHER MARKTEINGRIFFE

**Marktwirtschaft muss auch
in Krisen gelten!**

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	4
2. Zur Funktion von Märkten und Preisen	5
3. Irrwege staatlicher Markteingriffe: Drei Beispiele	6
4. Marktwirtschaft muss auch in Krisen gelten!	10
5. Soziale Marktwirtschaft und freie Preisbildung: Fundament für die erfolgreiche Transformation	14

Impressum | Kontakt

Ein Kommissionspapier von
DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V.
Charlottenstraße 24 | 10117 Berlin
Tel. 030 300 65-0 | Fax 030 300 65-390
kontakt@familienunternehmer.eu
www.familienunternehmer.eu

Ansprechpartner

Dr. Daniel Mitrenga | Tel. 030 300 65-412 | mitrenga@familienunternehmer.eu
Niklas König | Tel. 030 300 65-593 | koenig@familienunternehmer.eu

Der Text wurde von der Kommission Ordnungspolitik
von DIE FAMILIENUNTERNEHMER
unter Vorsitz von Michael Moritz erarbeitet.

Berlin, Juni 2023

In aller Kürze

- Wirtschaftliche Krisen, die ökologische Transformation und der digitale Strukturwandel werden zunehmend als Rechtfertigung für staatliche Eingriffe in Marktprozesse und insbesondere in die Preisbildung herangezogen. Eine wachsende Staatsgläubigkeit in Teilen von Politik und Gesellschaft verstärkt diese Tendenzen.
- Der Trend ist verhängnisvoll: Politische Eingriffe in das Aufeinandertreffen von Angebot und Nachfrage sind in der Regel ineffiziente, teure und sogar kontraproduktive Instrumente und müssen sehr gut begründet und umgesetzt sein.
- Staatliche Eingriffe in den Preismechanismus haben gefährliche Nebenwirkungen, wenn sie an Symptomen, nicht an den Ursachen von Preisentwicklungen ansetzen. Sie bringen oft Kollateralschäden an anderer Stelle mit sich, die zu weiteren Eingriffen führen, um die negativen Folgen der ursprünglichen Intervention zu bekämpfen.
- Die marktbasierende Preisbildung auf Grundlage freiwilliger Verträge darf nicht durch politische Preisfestlegungen ausgehöhlt werden. Sie ist ein Kernelement der Sozialen Marktwirtschaft.
- Familienunternehmer sind flexible Problemlöser, die ihre Innovationsfähigkeit und Krisenfestigkeit immer wieder beweisen – wenn man sie machen lässt! Unser Erfolg liegt gerade darin, dass wir uns ständigem Wettbewerb und wechselnden Marktanforderungen stellen müssen.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER fordern konkret:

1. Kontraproduktive staatliche Preiseingriffe auf dem Immobilienmarkt meiden, Freiräume zur Ausweitung des privaten Wohnungsangebots schaffen
2. Willkürliche Bepreisungsmaßstäbe bei der Finanzierung in Form von Taxonomie unterlassen
3. CO₂-Zertifikatehandel stärken und wirken lassen, bei gleichzeitigem Verzicht auf Staatseingriffe wie Industriestrompreis oder Klimaschutzverträge
4. Wettbewerbsverzerrung durch dauerhafte staatliche partielle Lohnzahlung wie Kurzarbeitergeld beenden
5. Kriseninduzierte Hilfsfonds (z.B. Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) des Bundes) auf das notwendige Minimum reduzieren

1. Einleitung

Im Rahmen staatlicher Versuche, die Bürger weitgehend vor Krisenfolgen zu schützen, nehmen direkte und indirekte staatliche Eingriffe in Marktprozesse und insbesondere in die freie Preisbildung erheblich zu. Die Ansätze sind nicht grundsätzlich neu und fanden bereits während der Finanzkrise oder der Corona-Pandemie vermehrt Anwendung. Eine interventionistische Herangehensweise, die nicht nur in Krisenzeiten fragwürdig ist, wird auf immer mehr Politikfeldern zum politischen Mittel der Wahl auserkoren.

Dieser Trend, der sich offensichtlich aus einem Mangel an Vertrauen in die Stärken der Marktwirtschaft und die unternehmerische Kreativität speist, droht sich zu verschärfen: Gerade angesichts der ökologischen und digitalen Transformation der Wirtschaft offerieren Eingriffe in Marktprozesse politischen Entscheidern scheinbar einfache Lösungen.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER beobachten mit großer Sorge, dass die Politik Krisen mit Auswirkungen auf Arbeitnehmer zum Anlass nimmt, um grundlegende Prinzipien unserer Wirtschaftsordnung außer Kraft setzen zu wollen. Der vorliegende Text wurde in der Ordnungspolitischen Kommission des Verbandes erarbeitet, deren Mitglieder, zugleich Familienunternehmer, bekennende Ordnungspolitiker sind. Sie plädieren für eine Stärkung der Sozialen Marktwirtschaft mit marktbasierter Preisbildung als Grundlage für die Bewältigung von Krisen und Transformationen.



Die Dimension der Zunahme staatlicher Eingriffe, verbunden mit exorbitanter Verschuldung, ist für uns Familienunternehmer Anlass, Alarm zu schlagen. In drei Krisen hintereinander – Finanzkrise, Corona-Krise und nun Energiekrise – ist ein scheinbar allmächtiger Kümmerer-Staat mit Milliardensummen eingesprungen. Höchste Zeit für einen Kurswechsel hin zu mehr Eigenverantwortung: Als Unternehmer wollen und können wir die Herausforderungen aus eigener Kraft und mit unseren Ideen bewältigen!



MICHAEL MORITZ
Vorsitzender der Kommission Ordnungspolitik
von DIE FAMILIENUNTERNEHMER
Geschäftsführender Gesellschafter Carlsquare GmbH | Berlin

2. Zur Funktion von Märkten und Preisen

Staatliche Eingriffe bringen die Marktwirtschaft aus der Balance

Märkte sind von ihrer Idee her neutral und unbefangen: Sie koordinieren Angebot und Nachfrage über Preise. Doch Teile von Politik und Öffentlichkeit erwarten von Märkten zunehmend das Erreichen gesellschaftlicher bzw. normativer Ziele – beispielsweise als gerecht empfundene Preise für bestimmte Produkte oder als akzeptabel erachtete Löhne. Um die von einigen als Missstand wahrgenommene Situation zu verändern oder Tatkraft zu demonstrieren, entscheidet sich die Politik immer häufiger für Interventionen in Marktprozesse: Für Eingriffe in die Preisbildung, Quotierungen und damit die Beschränkung von Angebot und Nachfrage, die Beschneidung von Eigentumsrechten oder wettbewerbsverzerrende Subventionen.

Das Ergebnis ist immer gleich: Der Marktmechanismus wird um sein Kernelement beraubt – den Preis. Freie Preise zeigen an, wo Knappheiten herrschen, wo investiert und produziert werden soll und wo Innovationen notwendig sind. Verliert der Preis die Informationsfunktion für Anbieter und Nachfrager, werden Knappheiten und Konsumentenpräferenzen nicht mehr signalisiert. Angebot und Nachfrage finden nicht mehr zueinander.

Bei der Festsetzung von Preisen werden Nachfrager oder Anbieter beschnitten oder ganz vom Markt ausgeschlossen. Wer aber Marktpreise außer Kraft setzt, muss Produktions- und Verteilungsentscheidungen nach anderen Kriterien treffen – oft mittels einer Mischform aus Zwang, Zufall und Privilegien. Die dahinterstehende Auswahl ist immer begründungsbedürftig und überzeugt im Zweifelsfall nie. Eine Interventionsspirale droht: Jeder noch so gut gemeinte Eingriff bringt Effekte an anderer Stelle mit sich, die meist zu weiteren Eingriffen führen, um die negativen Folgen der ursprünglichen Intervention zu bekämpfen.

Bezeichnenderweise wird von »Marktversagen« gesprochen, wenn der Ausgleich von Angebot und Nachfrage nicht den politisch erwünschten Resultaten entspricht. Oft ist allerdings der politische Rahmen so gesetzt, dass gar kein funktionierender Markt zustande kommen kann. Die Gründe können fehlender Wettbewerb, Monopolisierung, Informationsmangel auf Verbraucherseite oder ungesicherte Eigentumsrechte sein.

Ein weiterer Nachteil von Marktinterventionen sind langfristig immense Kosten, die die Politik allzu oft verschleiern. Wo mit staatlichen Mitteln kompensiert wird, werden häufig Budgetrestriktionen aufgeweicht und Belastungen für den Haushalt in die Zukunft verschoben. Damit sind die Kosten von Markt- und Preiseingriffen auf lange Sicht höher, als Angebot und Nachfrage wirken zu lassen – und falls erforderlich, Benachteiligungen anschließend mit sozialpolitischen Korrekturen abzufedern.

Alle großen Volkswirtschaften verdanken ihren heutigen Wohlstand den Signal- und Anreizmechanismen der Marktwirtschaft. Sie ist als einziges Wirtschaftssystem in der Lage, ökonomische Leistungsfähigkeit und eine hohe Versorgung der Bevölkerung mit Gütern zu gewährleisten. Daher müssen politische Maßnahmen, sollen sie zielführend und effizient sein, immer im Blick haben, Anreize und Wettbewerb zu wahren oder zu stärken.

3. Irrwege staatlicher Markteingriffe: Drei Beispiele

Beispiel Agrarmarkt: Zu hohe Produktion durch staatlich garantierte Preise

Die Lektionen aus der Preissetzung bei Lebensmitteln sind ein klassisches Beispiel für die Folgen von Markteingriffen: In den 1950er Jahren ermöglichten Subventionen Landwirten den Verkauf von Erzeugnissen zu staatlich garantierten Abnahmepreisen. Durch den Anreiz stieg die Produktion enorm an, sodass wesentlich mehr Getreide, Vieh und Milch produziert wurden als benötigt. Der Staat sah sich schließlich gezwungen, verbliebene Ware aufzukaufen. Diese Überschüsse wurden dann oft auf dem Weltmarkt verkauft, sodass der Agrarsektor vieler Entwicklungsländer schwer geschwächt wurde. Preiseingriffe haben immer Kollateralschäden.

Diese Erfahrungen scheinen vergessen: Als nicht wünschenswert erachtete Preise oder Produktionsbedingungen werden auch heute noch mit »Marktversagen« begründet. Dass im EU-Agrarmarkt viele Marktmechanismen bereits durch Subventionen ausgeschaltet sind, wird ignoriert. Trotzdem werden staatlich festgelegte Preise gefordert: Landwirte wollen damit geringe Einkommen kompensieren, Interessengruppen versprechen sich mehr Tierwohl oder Umweltschutz.¹ Der Landwirtschaftsminister ist für ein Verbot sogenannter »Ramschpreise« im Lebensmittelhandel. Seine Annahme, höhere Renditen fließen zuallererst in Tierwohlmaßnahmen, ist jedoch naiv. Vor allem existenzbedrohte Betriebe stecken zusätzliche Gelder kaum in Investitionen, die keine Einnahmen bringen. Aus Sozialverbänden kam als Reaktion auf mögliche höhere Lebensmittelpreise umgehend die Forderung, ärmere Bürger mit staatlichen Zahlungen zu unterstützen, um sich teurere Produkte dann noch leisten zu können – ein treffendes Beispiel für eine politisch herbeigeführte Interventionsspirale.²

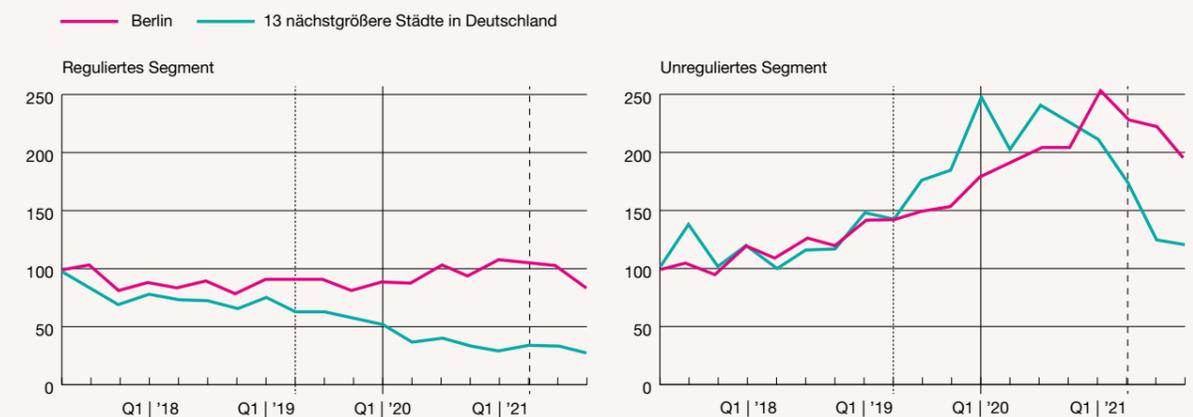
Anstatt staatlicher Preissetzung verspricht ein marktwirtschaftlicher Ansatz Erfolg: Einzelne Problemfelder, wie zum Beispiel Tierhaltungsformen, müssen durch die Definition gesellschaftlich akzeptierter Mindeststandards klar definiert und zielgerichtet angegangen werden – etwa durch Zertifizierungen, staatliche Qualitätssicherungsmaßnahmen oder eine transparente Kennzeichnung der Produkte.

Beispiel Wohnungsmarkt: Preisregulierung verschärft Wohnungsknappheit

Getrieben von öffentlicher Stimmung, die sich angesichts der Wohnungsknappheit in Ballungsräumen gebildet hat, ist vor einigen Jahren eine Interventionsspirale gegen Eigentümer von Wohnungen und Häusern in Gang gesetzt worden. Die Bundesregierung sowie verschärfend einige Bundesländer setzen ihren Fokus auf die Regulierung der Preise, um den steigenden Preisen bei Mieten zu begegnen, die sich durch die erhöhte Nachfrage an Wohnungen in Großstädten und Ballungsräumen in die Höhe schrauben.

Ein wesentliches Instrument stellen Mietpreisbindungen dar: Eine Mietpreisbremse oder ein Mietendeckel besteht aus der staatlichen Festlegung von Mietpreisen bzw. dem Verbot oder der Beschränkung von Mieterhöhungen. Der Preismechanismus wird ausgehebelt. Als Folge sinken die Anreize für Investoren, in Immobilien zu investieren – wodurch sich das Problem der Wohnungsknappheit verschärft. Der Berliner Mietendeckel belegt dies eindrucksvoll: Die Mieten für neu zu vermietende Wohnungen sanken von Juli 2019 bis Oktober 2020 zwar um 10 Prozent – zur gleichen Zeit ging das Angebot jedoch um mehr als die Hälfte zurück, also fünfmal so stark.³ Seit Ankündigung, Einsetzung und Außerkrafttreten des Mietendeckels gab es im Land Berlin signifikant weniger Annoncen für Mietobjekte als in anderen Großstädten (s. Grafik). Selbst im nichtregulierten Wohnungssegment sind die Folgen zu spüren.

ENTWICKLUNG DER ZAHL DER ANNONCEN FÜR MIETOBJEKTE Index (2017 Q2 = 100)



Die Grafik zeigt die Entwicklung der Zahl der Annoncen im regulierten (links) und im unregulierten (rechts) Segment für Mietobjekte in Berlin sowie den 13 nächstgrößeren Städten Deutschlands im Zeitraum Q2 2017 bis Q4 2021 als Index an. Der Index hat den Wert 100 in Q2 2017. Die gestrichelte vertikale Linie markiert Q2 2019, der Zeitpunkt der Gesetzesvorlage sowie des Stichtags für Mietobergrenzen (19. Juni 2019). Die durchgezogene vertikale Linie markiert Q1 2020, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes zum Mietendeckel. Die zweite gestrichelte vertikale Linie markiert Q2 2021, den Zeitpunkt des Außerkrafttretens des Mietendeckels.

¹ Klein, Gordon J: Mindestpreise für Lebensmittel. Wirtschaftliche Freiheit 2020. <https://wirtschaftlichefreiheit.de/wordpress/?p=26684>

² Keine Ramschpreise für Lebensmittel mehr: Özdemir erntet für seine Forderung auch Kritik. Stern 27.12.2021. <https://www.stern.de/politik/deutschland/cem-oezdemir--agrarminister-fordert-hoehere-lebensmittelpreise-31455080.html>

³ Sagner, Pekka | Voigtländer, Michael: Auswirkungen des Berliner Mietendeckels auf private Vermieter, in: IW-Trends 2021: 48. Jg., Nr. 3, S. 45-67

In der politischen Logik ist das Scheitern der ursprünglichen Intervention der Startschuss für weitere Eingriffe. Um der Wohnraumknappheit zu begegnen, fließen verstärkt Subventionen in den privaten Wohnungsbau. Schließlich wird das private Angebot durch ein staatliches ergänzt (Sozialer Wohnungsbau). Das Ergebnis: Der Preismechanismus wird durch staatliche Zuteilung ersetzt – zu immensen Kosten. Quantität und Qualität der Mietwohneinheiten werden selten verbessert, sondern in der Regel verringert. Das fatale an diesen Eingriffen ist, dass sie die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft aushöhlen ohne eine Lösung für die Wohnraumknappheit zu liefern.

Staatliche Preiseingriffe treffen vor allem Kleinvermieter. Darunter sind viele Mittelständler und Handwerksbetriebe, die angesichts ihres unternehmerischen Risikos für ihre Altersvorsorge auf eine Immobilie gesetzt haben. Sich als Vermieter fortlaufend in das politisch vorgegebene Preiskorsett einzuordnen, ist rechtssicher kaum noch zu bewerkstelligen. Viele »kleine Anbieter« werden so vom Markt gedrängt und verkaufen ihre Immobilie an Wohnungsgesellschaften. In unserer Hauptstadt kann man die Folgen dieser fatalen Interventionsspirale wie unter einem Brennglas sehen.

SVEN FIETKAU
Geschäftsführender Gesellschafter RUN 24 GmbH | Berlin



Der Wohnungsmarkt ist trotz vieler Gegenstimmen zunächst ein klassischer Markt, auf dem sich Angebot und Nachfrage nach Wohnraum unter Bildung eines Preises begegnen. Um die Nachfrage bedienen zu können, bedarf dieser Markt einer signifikanten Ausweitung des Angebots – durch Ausweisung neuer Bauflächen, Senkung von Baukosten durch Entbürokratisierung von Bauordnungen und beschleunigte Antrags- und Genehmigungsverfahren. Bei Beibehaltung einer freien Preisfindung auf dem Wohnungsmarkt ist zur Korrektur möglicher sozialer Folgen das ex-post-Instrument des Wohngeldes geeignet.

Beispiel Finanzmarkt: Der Zins bildet nicht mehr den Preis für Risiko ab

Vor dem Hintergrund des Klimawandels wird den Finanzakteuren zunehmend mehr von der Politik vorgegeben, Umweltaspekte in ihre Entscheidungen miteinzubeziehen. Die EU-Taxonomie teilt seit 2022 die Wirtschaft in »grüne« und »nichtgrüne« Unternehmen ein. Das bedeutet, dass sich etwa Unternehmen aus der Chemiebranche oder der fossilen Energieerzeugung zu schlechteren Konditionen am Finanzmarkt refinanzieren können.

Die Klassifikation vernachlässigt, dass es bei der Kreditvergabe vorrangig um eine Risikoabwägung geht. Je riskanter ein Vorhaben und je größer das Ausfallrisiko, desto höher sind die Kosten. Jetzt gilt: Je »grüner« ein Vorhaben, desto geringer der Finanzierungspreis. Der Zins als Preis für Risiko wird zweckentfremdet und die Risikobeurteilung durch die Vermischung mit politischen Kriterien erschwert. Banken und Vermögensverwalter lenken Kapitalströme nun zwar vermehrt in nachhaltige – aber dadurch nicht zwingend risikoarme – Investments um.

Die wichtigste Aufgabe von Finanzmarktregulierung ist die Sicherstellung von Finanzstabilität. Die EU-Taxonomie verwischt, dass auch nachhaltige Anlagen ein hohes Risiko bergen können. Außerdem werden ganze Wirtschaftszweige stigmatisiert, was der ökologischen Transformation eher schadet als nützt. Denn viele unternehmerische Aktivitäten, die dem Klimaschutz de facto dienen, sind im Konzept der Taxonomie schon allein aufgrund ihrer Branchenzugehörigkeit schlecht für das Klima. Dazu zählen zum Beispiel Industriedienstleister, die durch Isolierungen andere Unternehmen energieeffizienter machen; oder aber Chemiebetriebe, die in umweltschonende Maschinen investieren.

STEFAN BAUER
Geschäftsführender Gesellschafter BAUER Vermögensverwaltung | Münster



Das Verwischen von Risikotransparenz zeigt sich auch an anderer Stelle: Immer wieder, vor allem in Krisen werden Forderungen nach der Deckelung von Dispozinsen laut. Wird aber der Preis für rote Zahlen auf dem Girokonto gesetzlich begrenzt, schwinden Anreize für Verbraucher, solide zu wirtschaften. Das Risiko für Zahlungsausfälle steigt.

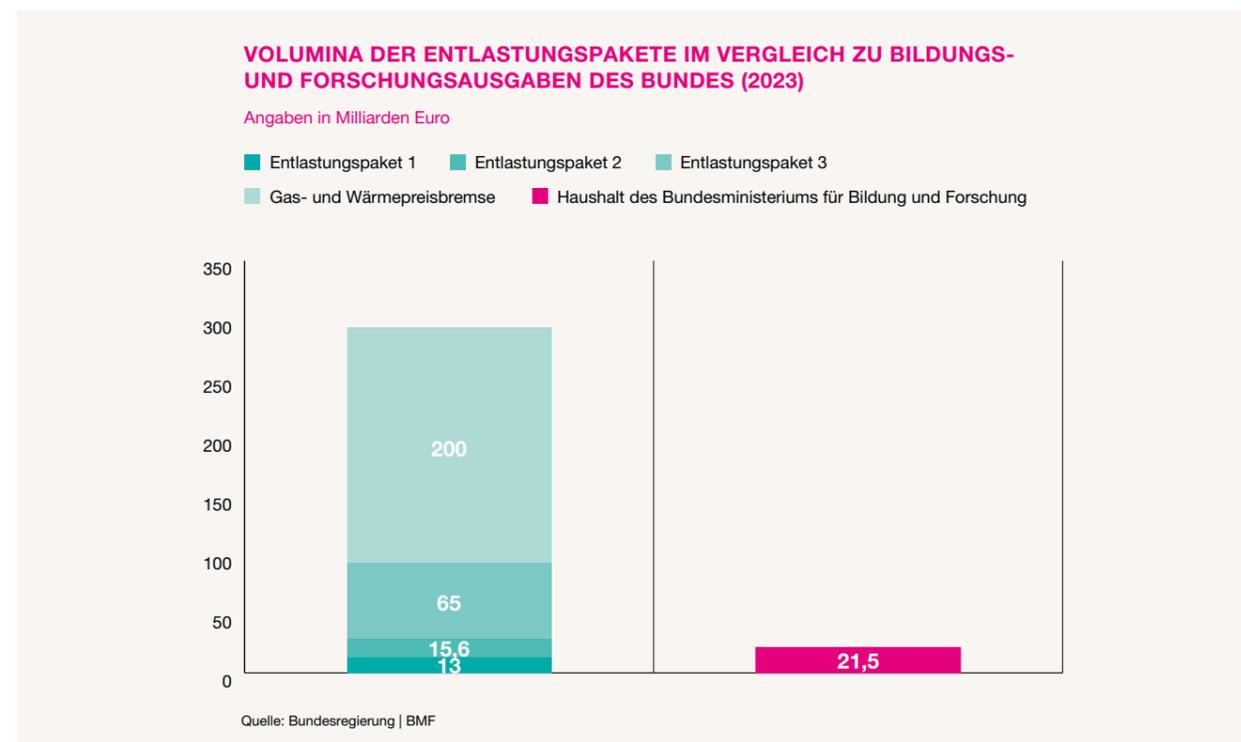
Der Zins muss seine Aufgabe wahrnehmen können, den Preis für ein Risiko anzugeben. Von stabilisierender Transparenz profitieren alle Marktteilnehmer. Um zu erreichen, dass Finanzströme in Richtung Nachhaltigkeit gelenkt werden, ist der EU-Emissionshandel das effektivere Instrument als die Taxonomie. Ihm gelingt es erwiesenermaßen, die festgelegten CO₂-Emissionen zu verringern. Geht also die zentrale Lenkungswirkung vom CO₂-Preis aus, ist eine Taxonomie überflüssig.

4. Marktwirtschaft muss auch in Krisen gelten!

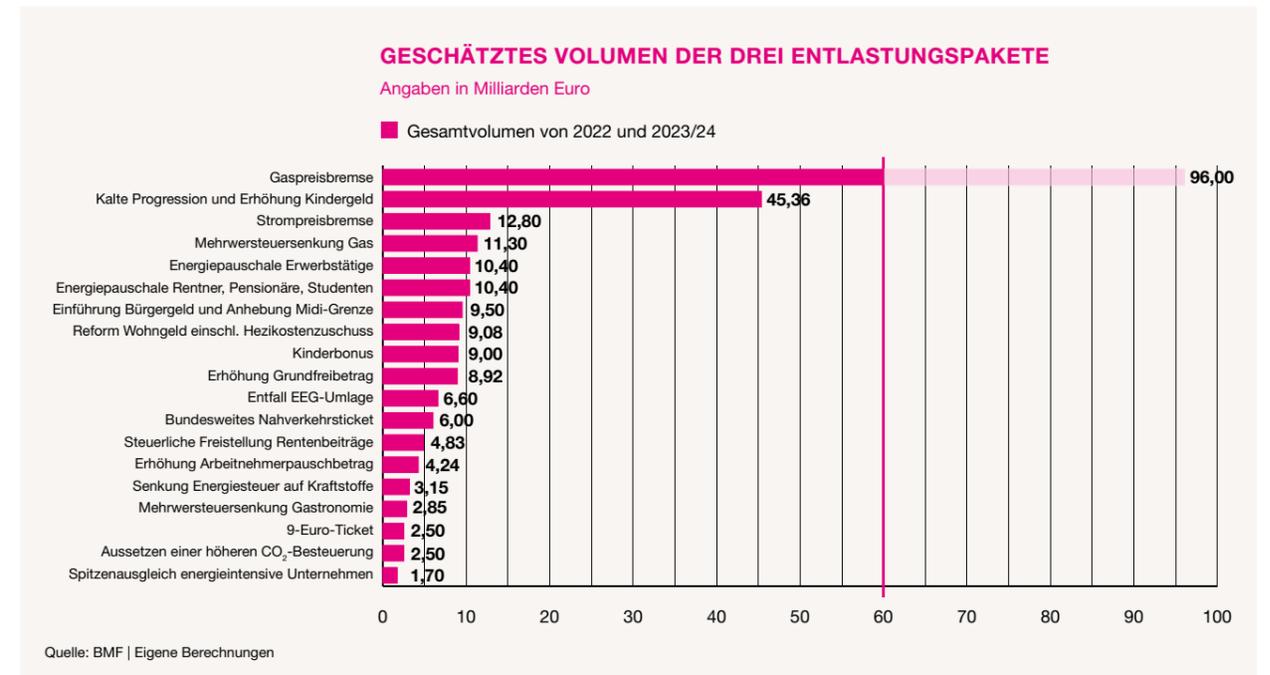
Teure Staatseingriffe mit großen Risiken

Die gestiegenen Energiepreise infolge von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und die hohe Inflation sorgen in Deutschland für signifikante Wohlstandsverluste. Der Bund versucht mit Entlastungspaketen die wirtschaftlichen Folgen für Bürger und Unternehmen abzumildern.

Einiges davon leistet durchaus einen Beitrag, Deutschland kurzfristig verhältnismäßig gut durch die Krise zu bringen. Allerdings muss die Mehrzahl der Maßnahmen kritisch bewertet werden. Vorab ist die finanzielle Dimension zu nennen: Das erste Entlastungspaket von Anfang 2022 umfasste 12 Milliarden Euro, das zweite 18 Milliarden Euro. Das Volumen des dritten übertraf mit 65 Milliarden Euro die ersten beiden Pakete zusammengenommen um mehr als das Doppelte. Die danach vereinbarte Gaspreisbremse übersteigt mit rund 100 Milliarden Euro das dritte Paket um die Hälfte.⁴ Der Vergleich mit den Bundesausgaben für Bildung und Forschung demonstriert die finanzielle Dimension und sät Zweifel an einer auf die Zukunft ausgerichteten Prioritätensetzung.



Bedenklich ist die hohe Verschuldung auch vor dem Hintergrund der konkreten Maßnahmen. Viele davon stehen in keinem direkten Bezug zur Krise, und wenn doch, dominiert das Gießkannenprinzip. Meist profitieren auch Haushalte und Unternehmen, die auf staatliche Hilfe nicht angewiesen sind.



Ein Schwerpunkt sind Eingriffe in die freie Preisbildung: So sah sich der Bund aufgrund hoher Gas- und Strompreise gezwungen, die Preise erheblich zu subventionieren. Über die Gas- und Strompreisbremse finanziert er nun, zunächst bis Frühjahr 2024, die gesamte Wirtschaft. Hier ist anzumerken, dass die hohen Strompreise zu großen Teilen hausgemacht waren, weil die Bundesregierung das knapper werdende Stromangebot und die dadurch steigenden Preise lange ignorierte.

Unstrittig ist, dass in Krisen Maßnahmen zum sozialen Ausgleich und zur Stabilisierung der Volkswirtschaft erforderlich sein können. Jedoch verfügt die Politik über geeignetere Mittel als Preiseingriffe, um auf außergewöhnliche Preisausschläge zu reagieren.

Unzureichende Angebotsausweitung, kontraproduktive Nachfragesteigerung

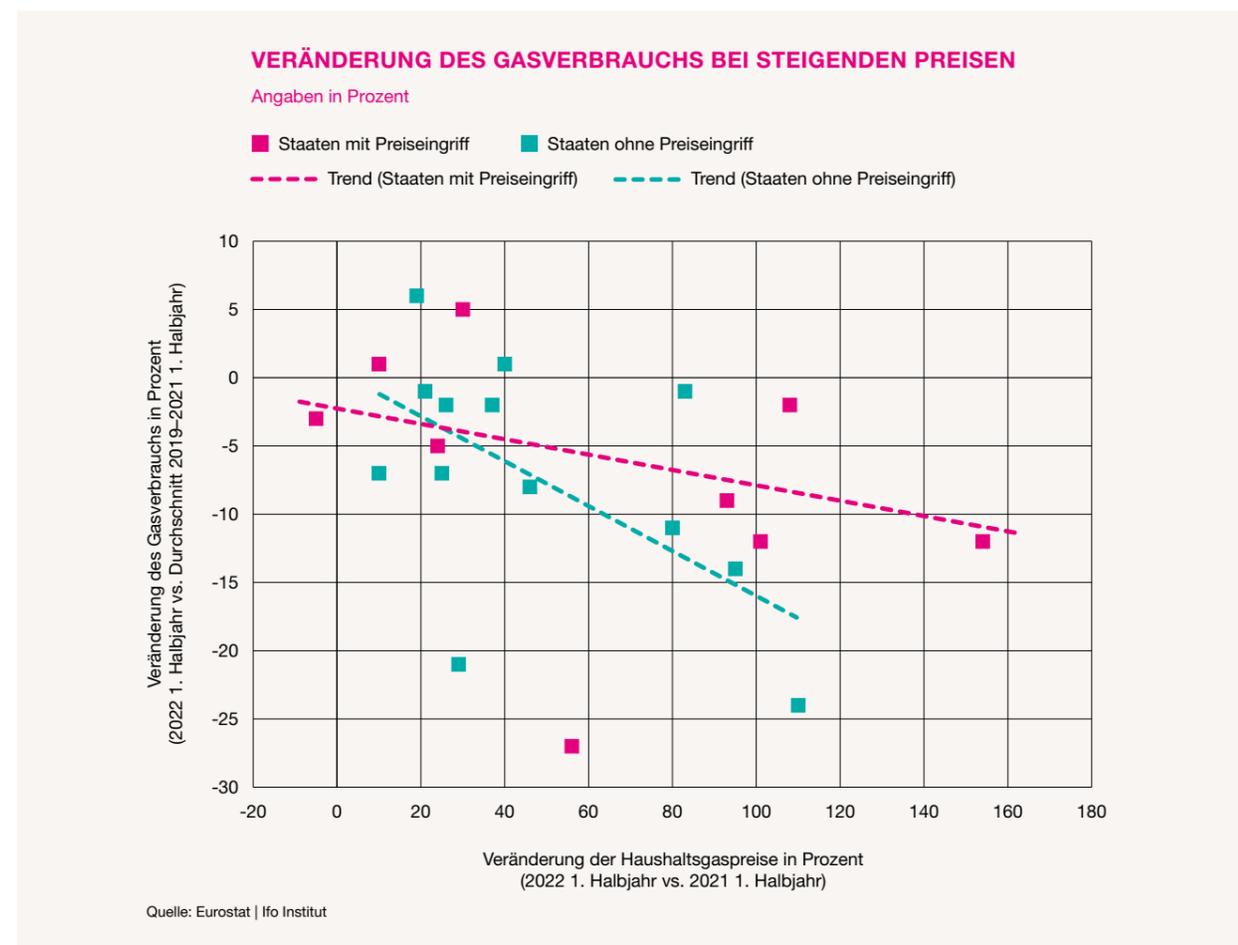
In knappheitsbedingten Krisen muss die Ausweitung des Produktionspotenzials Priorität besitzen. Zwar wurden angesichts der Energieknappheit Maßnahmen zur Angebotsausweitung eingeleitet, aber nicht umfassend genug, um dem Abschwung angemessen entgegenzuwirken. Positiv hervorzuheben sind neben der Umstellung des Gaseinkaufs der Einstieg in die LNG-Nutzung sowie die Laufzeitverlängerung der Reservekohlekraftwerke. Andere Mittel, wie eine weitreichendere Laufzeitverlängerung von AKWs, wurden nicht forciert. Im Gegenteil haben kontraproduktive Maßnahmen die Angebotsseite weiter belastet und die Nachfrage erhöht.

Hierzu zählen die genannten Strom- und Gaspreisbremsen. Ihr erstes Problem ist die Pauschalität: Nicht alle profitieren in gleichem Maße und nicht besonders jene, die in Not geraten sind. Zielgerichteter, transparenter und günstiger wäre eine direkte Unterstützung der betroffenen Unternehmen in Form von Krediten und Eigenkapital gewesen.

⁴ Lay, Max | Peichl, Andreas: Entlastungen für Haushalte und Unternehmen – Was kostet es den Staat? In: ifo Schnelldienst 11 / 2022

Das zweite Problem: Die Preisbremsen verringern Anreize zum erforderlichen Energiesparen. In Ländern, deren Regierungen auf Preiseingriffe verzichtet haben, hat die Bevölkerung den Gasverbrauch wesentlich mehr reduziert als dort, wo in Preise interveniert wurde (s. Grafik).

Subventionierte Energiepreise spiegeln Knappheiten nicht wieder. Das gilt auch für den Gaspreisdeckel auf EU-Ebene, der den Märkten signalisiert, Gas sei in der EU kein knappes Gut. Des Weiteren droht, dass Lieferanten gedeckelte Preise für den Kunden nicht akzeptieren und ihr Produkt in andere Regionen verkaufen. Ungarn musste seinen Benzinpreisdeckel wegen Versorgungsengpässen stoppen, da ausländische Mineralölfirmen kein Benzin zu Preisen unter Marktwert liefern wollten.



Eingriffe in die Preisbildung sind in der Regel auch in Krisenzeiten weder effizient noch stellen sie eine zielgenaue soziale Entlastungsmaßnahme dar, wie auch der sogenannte »Tankrabatt« gezeigt hat. Statt die Lenkungsfunction des Preises wirken und Menschen ihr Verhalten ändern zu lassen, wurden durch die Senkung der Energiesteuer Knappheitssignale abgeschwächt.

Wirtschaftsstabilisierungsfonds verkleinern!

Mit den sogenannten Entlastungspaketen und den darin enthaltenen zahlreichen Einzelmaßnahmen suggeriert der Staat, er könne krisenbedingte Verluste verhindern – obwohl er sie lediglich umverteilen kann. Versuche, die Bevölkerung in der Breite zu subventionieren, gehen zulasten der Bereitstellung öffentlicher Güter oder führen zu zukünftigen Steuererhöhungen. Das mag auf kurze Sicht politisch opportun sein, ist jedoch mit Blick auf die Herausforderungen, vor denen Deutschland steht – Klimawandel, Verteidigung, Digitalisierung, Infrastruktur – keine nachhaltige Politik.

Die Begründung, bei der Ausgestaltung musste Geschwindigkeit vor Genauigkeit gehen, überzeugt kaum: Vielmehr fehlte politischer Mut, Stoppschilder aufzustellen und Wähler zu verschrecken. Als Problem wird deutlich, dass sich der Staat bisher nicht darum gekümmert hat, Direktzahlungen an Bürger leisten zu können.⁵

Der 200-Milliarden Euro schwere Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) zur Krisenabfederung ist zu groß angelegt. Angesichts fallender Marktpreise wird von den für die Gaspreisbremse veranschlagten rund 100 Milliarden Euro voraussichtlich nur noch ein einstelliger Milliardenbetrag gebraucht.⁶ Teile der Bundesregierung diskutieren bereits, was mit den nicht benötigten Mitteln passieren soll. Dabei liegt im WSF kein Geld, sondern nur Kreditermächtigungen. Es verbietet sich daher, diese vom Bundestag zweckgebundene Möglichkeit für neue Schulden für andere Zwecke einzusetzen.

Gar nicht erst aufgenommene Kredite belasten nicht mit Zins und Tilgung den ohnehin strapazierten Bundeshaushalt. Richtig wäre, die Regierung zöge schon jetzt eine Zwischenbilanz und würde den WSF anschließend durch eine Gesetzesänderung deutlich verkleinern. Dies wäre auch mit Blick auf andere Länder ratsam, da Deutschland Partnerstaaten düpiert hat, die nicht über eine solche Finanzkraft verfügen. Auch deshalb fordern die EU und viele europäische Regierungen als Ausgleich eine staatsfinanzierte Industriepolitik, die aber immer zu Lasten des fairen Wettbewerbs geht.

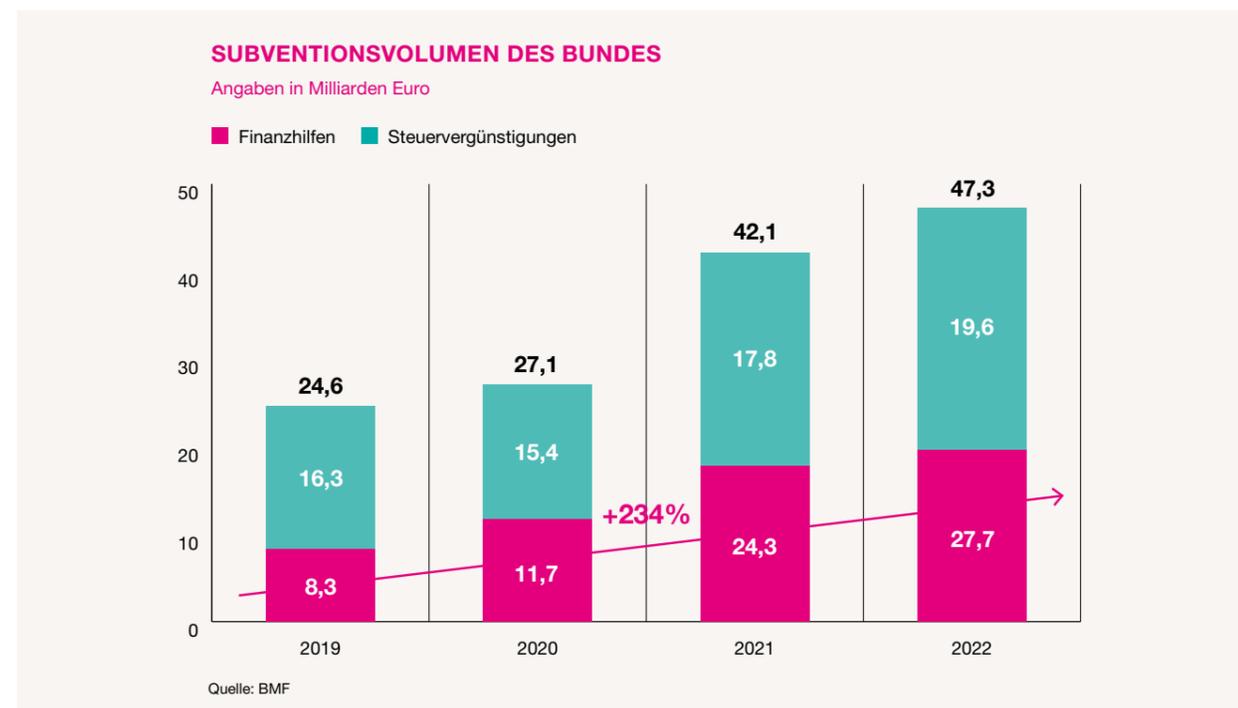
⁵ Hentze, Tobias: Es mangelt an Zielgenauigkeit, In: ifo Schnelldienst 11 / 2022

⁶ Südekum, Jens: Wird der Doppelwumms noch gebraucht? Das neue Ass in Lindners Ärmel. Münchner Merkur 27.02.2023 <https://www.merkur.de/wirtschaft/doppelwumms-energiepreise-strom-gas-milliarden-haushalt-suedekum-lindner-habeck-stimme-der-oekonomen-zr-92103214.html>

5. Soziale Marktwirtschaft und freie Preisbildung: Fundament für die erfolgreiche Transformation

Wettbewerb statt Subventionen!

Die Soziale Marktwirtschaft ist mit ihrem Kern, dem freien und fairen Wettbewerb, der zentrale Mechanismus für die Herausforderungen unserer Zeit. Dennoch erleben Deutschland und Europa eine Renaissance der Industriepolitik. Dazu gehören Subventionen, staatliche Unternehmensbeteiligungen, Regulierung oder Fusionserleichterungen. Die EU hat mit dem 800 Milliarden Euro schweren Fonds »Next Generation EU« ein umfangreiches Subventionsprogramm zur grünen und digitalen Transformation aufgelegt. Auch in Deutschland spielen Subventionen eine immer größere Rolle: Hatte der Bund 2014 für Steuervergünstigungen und Finanzhilfen noch 21 Milliarden Euro aufgebracht, ist dieser Betrag 2022 auf mehr als 47 Milliarden Euro gestiegen.⁷ In als strategisch wichtig erachteten Bereichen wie der Batterieproduktion, Wasserstoff- oder Halbleiterindustrie lockt der Staat Investoren mit Milliardenhilfen. Bei öffentlichen Projekten häufen sich Subventionswettläufe.



Vergessen wird: Werden Unternehmen staatlich abgesichert, sinken Anreize, effizient zu wirtschaften. Zu glauben, man könne die Wettbewerbsfähigkeit der Gesamtwirtschaft mit Subventionen erhöhen zu können, ist daher eine Illusion. Oft dienen Staatsgelder lediglich Partikularinteressen, schädigen die Wirtschaftsentwicklung aber insgesamt.

Demgegenüber trägt marktwirtschaftlicher Wettbewerb dazu bei, dass die ökologische und digitale Transformation schneller, effektiver und kostensparender voranschreiten kann. Es ist Aufgabe der Politik, den Rahmen so zu setzen, dass Unternehmen ständig nach innovativen Technologien und Lösungen suchen müssen, um umweltfreundlicher zu produzieren oder zukunftsfähige digitale Dienstleistungen anzubieten.

Freie Preisbildung statt staatlicher Industriestrompreis!

Die Bundesregierung arbeitet an Konzepten für einen Industriestrompreis, der stromintensive Industrieunternehmen entlasten und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit subventionieren soll. Am gesamtwirtschaftlichen Erfolg dieses Instruments sind ernste Zweifel angebracht: Nicht nur, dass lediglich ca. fünf Prozent der Industriebetriebe Ausnahmeregelungen erhielten. Gravierender ist, dass ein hoch subventionierter Industriestrompreis immense Umverteilungen erforderlich macht, durch Steuern oder Abgaben zur Finanzierung. Erhalten ausgewählte Unternehmen Staatshilfen, muss der Rest der Wirtschaft umso mehr Steuern zahlen und wird geschwächt. Zudem werden durch die staatlichen Preisfestlegungen Markt und Wettbewerb ausgehebelt.

Bessere, marktwirtschaftliche Modelle bieten sich an: Zum Beispiel eine Stärkung von Power Purchase Agreements (PPA), indem diese von Abgaben und Umlagen entlastet werden. Bei einem PPA handelt es sich um einen oft langfristigen Direktliefervertrag zwischen einem Abnehmer und einem Erzeuger erneuerbarer Energien. Aus Erzeugersicht bieten PPA die Möglichkeit zur Finanzierung von Investitionen mit langfristiger Preis- und Umsatzsicherheit, während Abnehmer sich gegen schwankende Strompreise absichern können.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER sind überzeugt: Die freie Preisbildung, die freie Aushandlung von Verträgen und marktwirtschaftliche Mechanismen dürfen nicht durch steuerfinanzierte Preisfestlegung ausgehöhlt werden. Ein Industriestrompreis ist hochgradig kostenintensiv und widerspricht marktwirtschaftlichen Prinzipien. Welche Unternehmen den Strukturwandel erfolgreich bewältigen, sollte nicht der Staat, sondern der Markt entscheiden.



Anstatt die staatlichen Abgaben und Steuern auf die Energiepreise zu senken und das Stromangebot groß zu halten, würden mit einem Industriestrompreis jährlich Milliarden Euro Subventionen an staatlich definierte Nutznießer, vornehmlich an Großkonzerne, ausgeschüttet. Damit entsteht eine Wettbewerbsverzerrung zum Nachteil des Mittelstands, der die Subventionen mit seinen Steuern auch noch finanzieren muss. Wir brauchen dringend eine richtige Standortpolitik, kombiniert mit wirklich wirksamer Klimapolitik, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit aller Unternehmen und aller Branchen verbessert, ohne dass es zu Wettbewerbsverzerrungen kommt.



SVEN HÖPPNER
Vorsitzender der Kommission Energiepolitik
von DIE FAMILIENUNTERNEHMER
Geschäftsführender Gesellschafter Werner Wirth GmbH | Hamburg

⁷ BMF: Bericht der BuReg über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der Steuervergünstigungen 2019 bis 2022

Marktwirtschaftlicher Zertifikatehandel statt Klimaschutzverträge!

Klimaschutzverträge (Carbon Contracts for Difference, CCfDs) sind Verträge zwischen Einzelunternehmen und dem Staat zur klimaschonenden Produktion bestimmter Grundstoffe, z.B. Stahl. Der Staat fördert nicht nur die Errichtung der Produktion, sondern bezuschusst auch die operativen Kosten. Dieser tiefe Eingriff in den Markt ist problematisch: In einer Marktwirtschaft ist es die Aufgabe von Unternehmen, Risiken abzuwägen und zu tragen. Nimmt der Staat ihnen alle Risiken ab, sinken Anreize, Kosten zu senken und kostensparende Innovationen zu entwickeln. Zusätzlich sind diese CCfDs unter dem Regime des Emissionshandels zum Erreichen des Klimaschutzziels völlig unnötig. Geschaffen wird eine Interessengemeinschaft von Betrieben, die von Subventionen profitieren und diese aufrechterhalten möchten. Dadurch wird die Tendenz weg vom marktwirtschaftlichen CO₂-Preis hin zu direkten staatlichen Subventionen verstärkt.

Dagegen ist eine marktwirtschaftliche Ausrichtung der Klimapolitik unverzichtbar, um wirksamen Klimaschutz voranzubringen. Mit einem alle Sektoren umfassenden CO₂-Zertifikatehandel werden Emissionen effizient dort vermieden, wo dies am günstigsten möglich ist. Durch die sinkende Zahl verfügbarer Zertifikate steigt der Preis für den Ausstoß von CO₂ seit Jahren. Je höher der Preis, desto größer der Anreiz für Emittenten, CO₂ zu vermeiden. Mit Erfolg: In den vom EU-Emissionshandel erfassten Sektoren liegen die tatsächlich emittierten CO₂-Mengen sogar deutlich unter den Höchstgrenzen.

Dynamischer Arbeitsmarkt statt zementierte Kurzarbeit!

Der Sinn von Kurzarbeitergeld ist, dass Betriebe Mitarbeiter auch in schwierigen Zeiten halten können. Aber wenn selbst hochprofitable Unternehmen schon aufgrund temporärer Lieferengpässe Kurzarbeit anmelden, sind Mitnahmeeffekte offensichtlich – Arbeitsplätze werden de facto subventioniert. Durch die Kurzarbeit binden Betriebe ihre Angestellten an sich, sodass diese anderen, wachsenden Firmen nicht zur Verfügung stehen. Studien zeigen: In Regionen, in denen viele Firmen Kurzarbeitergeld in Anspruch nehmen, wachsen produktive Firmen weniger stark.⁸ Finden hochinnovative Unternehmen keine Fachkräfte, wird der Strukturwandel verschleppt. Doch Transformationsprozesse können nur mit einem funktionierenden Arbeitsmarkt gelingen, der Angebot und Nachfrage zusammenbringt.

Mehr Vertrauen in die Marktwirtschaft!

Preissignale sind Anreize, Strukturen an ein verändertes Umfeld anzupassen – das gilt für Unternehmen wie für politische Entscheider gleichermaßen. Die marktwirtschaftliche Preisbildung ist die einzige Methode, um Knappheiten zu signalisieren und gleichzeitig dazu anzuspornen, diese zu beseitigen. Preissubventionen schaffen nur die Illusion, es gebe keine Knappheit. Für den Staat sind sie mit hohen Kosten verbunden und verzögern die notwendige Adaption.

Der familiengeführte Mittelstand stellt im freien Wettbewerb seine Anpassungsfähigkeit seit Generationen unter Beweis. Die deutschen Unternehmen zeigen sich bei Krisen und Herausforderungen immer wieder als flexible Problemlöser, die auf externe Effekte erfolgreich reagieren. Für diese Dynamik ist ein marktwirtschaftlicher Rahmen unverzichtbar. Die Politik muss den Betrieben mehr zutrauen, Gestaltungsspielräume für sie ausweiten und marktwirtschaftliche Konzepte über starre Markt- und Preiseingriffe stellen. Wo es dennoch zu signifikanten sozialen Verwerfungen kommt, muss die Sozialpolitik die großen Risiken abfedern – Soziale Marktwirtschaft eben. Dieser Pfad ist gerade mit Blick auf den ökologischen und digitalen Wandel erforderlich, der eine hohe privatwirtschaftliche Innovationstätigkeit voraussetzt. Ihre Innovationsfähigkeit können Unternehmen nur im Wettbewerb entfalten. DIE FAMILIENUNTERNEHMER sind sich sicher: Die Soziale Marktwirtschaft ist der beste Weg, um Krisen und Transformationen zu meistern!

⁸ Creutzburg, Dietrich / Theile Gustav: Kurzarbeit trotz Milliardengewinn. FAZ 20.02.2023

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mercedes-geht-die-arbeit-aus-kurzarbeit-trotz-milliardengewinn-18693483.html>

Mitwirkende

Aus der Ordnungspolitischen Kommission von DIE FAMILIENUNTERNEHMER waren an der Erstellung dieses Papiers u.a. beteiligt:

Michael Moritz (Vorsitzender)

Stefan Bauer

Klaus von der Bey

Lorenz Flatt

Sven Fietkau

Prof. Dr. Gerd Habermann

Christian Hahn-Godeffroy

Michael Hölle

Dr. Helmut Kückens

Thomas Selter

Sylvia Maria von Stieglitz

Daniel Wäsche

Bernfried Wolff

DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V.
Charlottenstraße 24 | 10117 Berlin
Tel. 030 300 65-0 | Fax 030 300 65-390
kontakt@familienunternehmer.eu
www.familienunternehmer.eu

Illustration (Vorderseite): iStock | akinbostanci